

An den
Präsidenten des Kantonsrates
Diego Faccani
Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 16.01.2023

**Postulat: Gerechte Voraussetzungen für Subventionen
2023/1**

Sehr geehrter Herr Ratspräsident

Ich bitte Sie, folgendes Postulat auf die Traktandenliste zu setzen:

Gerechte Voraussetzungen für Subventionen

Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen wie die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden können, damit Personen, die freiwillig auf erzielbares Einkommen verzichten, staatliche Unterstützungsleistungen aller Art nur in dem Umfang erhalten, wie sie solche bei einer vollen Ausschöpfung der möglichen Erwerbstätigkeit erhalten würden.

Die zumutbare Erwerbstätigkeit beträgt bei Personen ohne Kinder 100%. Hat ein Paar oder eine Person Kinder, oder andere gesetzliche und familiäre Unterstützungspflichten, so wird die zumutbare Erwerbstätigkeit in Anlehnung an die Eheschutz-bzw. Scheidungspraxis reduziert.

Begründung:

Die von der Allgemeinheit finanzierten Subventionen stützen sich grundsätzlich auf die Bedürftigkeit der jeweils unterstützten Personenkreise. Es gehört zu unserem Sozialstaat, dass Menschen die in einer schwierigen finanziellen Lage sind unterstützt werden. Gerade alleinerziehende Mütter aber auch Menschen, die Care-Arbeit leisten, oder unverschuldet in eine missliche Situation gelangt sind, gilt es grosszügig zu unterstützen.

Unser Wohlstand, aber auch unsere heutigen Lebensmodelle erlauben es allerdings, zwecks einer persönlich optimierten Work-Life-Balance freiwillig auf Einkommen zu verzichten. Daran ist nichts auszusetzen. Sollte sich jemand freiwillig dafür entscheiden weniger Einkommen zu erzielen, so ist das ein persönlicher Entscheid, den es zu respektieren gilt.

Wenn diese Personen zum Beispiel bei Kinderbetreuung, Krankenkassenverbilligung oder Wohnungsmiete vom Staat finanziell unterstützt werden, so ist das gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern die auf Subventionen verzichten, diese jedoch finanzieren, unfair.

Personen die hohe Arbeitspensen leisten, tragen über Steuerrechnung und Lohnabzüge, sehr viel zu unserem Sozialstaat bei.

Wer weniger arbeitet als aufgrund der individuellen Situation zumutbar wäre, sollte nicht auf Kosten der restlichen Bevölkerung subventioniert werden. So bleibt mehr für Menschen, die wirklich Unterstützung benötigen.

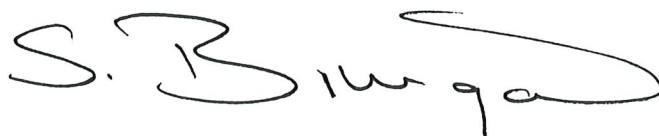
Oft lohnt sich eine Pensenerhöhung finanziell nicht, weil damit staatliche Subventionen verloren gehen. Diese Fehlanreize gilt es zu korrigieren.

Für die Ermittlung eines Anspruchs auf Subventionen soll deshalb auf das bei Ausschöpfung der eigenen Leistungsfähigkeit erzielbare Einkommen (hypothetisches Einkommen) abgestützt werden.

Für die Berechnung des hypothetischen Einkommens soll auf die Rechtsprechung zum Eheschutz- bzw. Scheidungsrecht zurückgegriffen werden.

Freundliche Grüsse

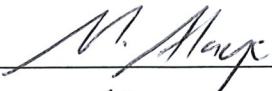

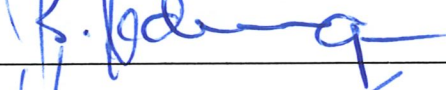

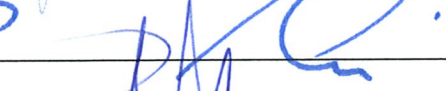





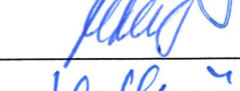

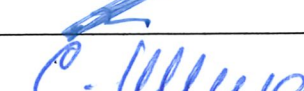
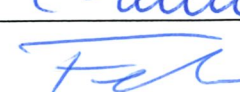

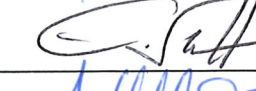



Severin Brüngger



Vorstoss

Postulat von Severin Brüngger vom 16.01.2023 betreffend «Gerechte Voraussetzungen für Subventionen»

Nachstehende Ratsmitglieder unterstützen mit ihrer Unterschrift den Vorstoss:

Name / Vorname (bitte in Blockschrift eintragen)	Partei	Unterschrift
Alaye Mayowa	GLP	
Marcel Montanari	FDP	
BEAT KEDINGER	FDP	
RAPHAËL ROTHNER	FDP	
Lorenz Lajcl	FDP?	
Immanuel Beyhla	FDP	
Teltas Nihal	FDP	
Punthi Aelling	SVP	
Schlatter Martin	SVP	
Werner Peter	SVP	
Preisig Daniel	SVP	
Mundt Michael	SVP	
Hirsiger Herbert	SVP	
Fionetti Marlene	SVP	
Ullmann Corinne	SVP	
Fehr Markus	SVP	
Scheck Peter	SVP	
Sutter Erwin	EDU	
Andrea Müller	SVP	
Arnold István	SVP	